

CSU-Fraktion, Unterer Graben 77, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Christian Scharpf

Datum 23.04.2024

Telefon (0841) 9 38 04-15  
Telefax (0841) 9 38 04-24  
E-Mail fraktion@csu-ingolstadt.de

### **Modellkommune / Bezahlkarte für Asylbewerber -Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 23.04.2024-**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CSU-Stadtratsfraktion stellt folgenden **Antrag**:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, beim Innenministerium einen Antrag zur Einführung der Bezahlkarte zu stellen.

#### **Begründung**

Die Integration von Asylbewerbern ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe und stellt zugleich eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit dar, die sowohl menschliches Verständnis als auch strukturelle Unterstützung erfordert. Ein wesentlicher Aspekt hierbei ist die finanzielle Unterstützung, die wir den Asylbewerbern zur Verfügung stellen. Die aktuelle Praxis, Bargeld auszuhändigen, hat sich jedoch als suboptimal erwiesen und bringt in vielerlei Hinsicht Nachteile mit sich.

Bei der Bezahlkarte handelt es sich um eine normale EC- oder Debitkarte, die grundsätzlich jeder Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG ab 14 Jahren bekommt. Die Höhe der Aufladung hängt von verschiedenen Faktoren ab wie Alter, Familienstand, Unterbringung in Gemeinschaftsunterkunft oder ANKER, etc.

Ein weiterer Aspekt ist die Effizienzsteigerung in der Verwaltung nach Einführung des Prozesses. Die Abwicklung von Überweisungen ist oft zeit- und kostenintensiv. Die Digitalisierung im Rahmen der Bezahlkarte vereinfacht den Prozess und ermöglicht auch Just-in-Time Anpassungen bei Änderungen der Leistungshöhe uvm.

Je nachdem welches Programm aktuell für die Auszahlung der Leistungen genutzt wird, lassen sich die Daten sogar ohne Aufwand an den Anbieter der Bezahlkarte via Schnittstelle übertragen (z.B. OK.SOZIUS).

Pro Monat können zudem maximal 50€ abgehoben werden, bargeldlose Zahlungen sind bis zur Höhe des Guthabens möglich. Onlinekäufe und Überweisungen sind grundsätzlich nicht möglich, außer an Empfänger einer sog. Whitelist (z.B. Netflix, etc.). In diesem Zusammenhang sollte auch nicht unbeachtet gelassen werden, dass der Freistaat Bayern die Kosten für die Karten und das

Bezahlsystem übernimmt und damit die Kommunen entlastet.

Zudem kann mit der Bezahlkarte verhindert werden, dass Sozialleistungen ins Ausland abwandern und Schlepperkriminalität unterstützt wird. Falsche Zuzuganreize sollen verhindert werden, damit man sich künftig auch vermehrt auf die tatsächliche Integration von asylberechtigten Geflüchteten fokussieren kann.

Die Bezahlkarte ist ein wichtiger Schritt in Richtung Sachmittelprinzip, das für uns den besseren Weg zur Grundversorgung von Flüchtlingen darstelle. Mit diesem Antrag könnte Ingolstadt als zweitgrößte Stadt Oberbayerns eine Vorreiterrolle übernehmen und ein starkes Zeichen für eine innovative und integrative Asylpolitik setzen.

Für die CSU-Stadtratsfraktion

gez.  
Franz Wöhrl  
Fraktionsvorsitzender

gez.  
Alfred Grob